

Demokratisierung im Wohnungsbau - Möglichkeiten der Partizipation als Strategie zur Implementierung nachhaltiger Wohnformen aus der Top Down-Perspektive

OLIVER NIERMANN¹

1. Einleitung

Die Entwicklung nachhaltiger und gemeinschaftlicher Wohnformen scheint in den vergangenen Jahren zu einem neuerwachten Trend und, für ein bestimmtes Klientel sozial- und umweltbewusster Menschen, zu einer Alternative zum herkömmlichen und kommerziell entwickelten Wohnbau geworden zu sein. Komplementär zu der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung von Lebensentwürfen, entsteht auch ein neuer Pluralismus von Wohnentwürfen und Alltagsorganisationen. Dies versteht sich sowohl hinsichtlich der Motivation, diese neuen Lebensentwürfe auch räumlich zu leben und anders mit Raum umzugehen, als auch hinsichtlich des baulich-physischen Arrangements und der Entwicklungsstruktur von Wohnraum.

Die Idee, gemeinschaftlich und (oftmals) unabhängig von gängigen Marktmechanismen und -strukturen, Wohn- und Lebensraum zu schaffen ist aus ihrem vormaligen gesellschaftlichen Schattendasein getreten und ein Querschnittsthema geworden, welches sich mittlerweile durch die verschiedensten Lebensstile und sozialen Schichten zieht und eine breite Basis an Interessen trägt. Die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens bzw. dieser „Neuen Wohnformen“ ist aber nicht neu und durchlebte in den vergangenen 40 Jahren mehrmals Höhen und Tiefen (vgl. Brech 1999: 84). Die Anzahl dieser Projekte steigt, wenngleich auch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

Die Organisation des gemeinschaftlichen Zusammenlebens ist immer auch ein Produkt sozialer Aushandlungsprozesse. Die Mehrzahl der realisierten Projekte nutzen dazu verschiedene kommunikative Methoden als Mittel der gemeinsamen Planung und Organisation. Der Knackpunkt der meisten realisierten Projekte liegt in der Motivation der angesprochenen BewohnerInnen. Hier finden sich (bisher) überwiegend solche Menschen wieder, die bereits über eine gewisse Grundsensibilisierung in Hinblick auf den (zumeist schwerpunktmäßig ökologischen) Nachhaltigkeitsdiskurs verfügen.

Doch auch sonst üblicherweise kommerziell und konventionell agierende Wohnungsunternehmen scheinen nachhaltige und gemeinschaftliche Wohnformen für ihr

¹ Oliver Niermann ist Stadt- und Sozialgeograph und arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck. oliver.niermann@uibk.ac.at

Portfolio entdeckt zu haben². Mögliche Motivationen ergeben sich für die Unternehmen dabei oft nur aus rein materiellen Gründen, wie z.B. um neue Marktsegmente zu erschließen oder auch Alleinstellungsmerkmale für das eigene Unternehmensprofil zu erlangen. Besonders im Bereich des geförderten Wohnbaus treffen diese „neuen Wohnthemen“ oft auf Menschen, deren Grundsensibilisierung für ein gemeinschaftliches oder nachhaltiges Wohnen als eher gering eingeschätzt werden kann. Hier erfolgen BewohnerInnenbeteiligungen nicht aus Demokratisierungsüberlegungen, sondern als Strategie zur Akzeptanz (ungünstiger) baulicher Situationen und Implementierung vermeintlich nachhaltiger Inhalte bzw. Interessen.

Im Rahmen dieses Aufsatzes soll, neben einer kurzen Darstellung des Verhältnisses der Begriffe „Partizipation“ und „Nachhaltigkeit“, eine Kontextualisierung der Problematiken erfolgen, welche Partizipation im Wohnbau aufwirft. Hier ist auch auf die Asymmetrien zwischen Wohnenden und ErbauerIn einzugehen. Zudem sollen sowohl die Motivationen von Bauträgern als auch die Chancen und die Risiken einer solchen (instrumentalisierten) Partizipation in einem Top-down-Planungsprozess dargestellt werden.

2. Partizipation und Nachhaltigkeit

Im Diskurs um Nachhaltigkeitskonzepte spielt die Partizipation gesellschaftlicher Gruppen eine wichtige Rolle. In verschiedenen internationalen Dokumenten (Brundtlandbericht 1987, Agenda 21 1992) wurden in den 1980er und 1990er Jahren partizipative politische Verfahren als regionale Nachhaltigkeitsstrategien hervorgehoben und sind somit auch Teil eines populären öffentlichen (politischen) Diskurses geworden. Die grundsätzliche Intention partizipativer Verfahren sind soziale Lernprozesse auf einer breiten interessensgruppenorientierten Basis in deren Rahmen es (ergebnisorientiert) zu gemeinsamen Problemwahrnehmungen und in deren Folge zu konsensualen Problemlösungen kommen soll (vgl. Baranek et al 2005: 4). Entsprechend ist Partizipation als Instrument der Demokratisierung von Entscheidungen für eine breite Basis gesellschaftlicher Themen von Belang. Das Wort „Partizipation“ ist jedoch mittlerweile in so vielen Zusammenhängen geläufig, dass dem Begriff kaum noch eine klare Bedeutung zuzuordnen ist. Dass Partizipation zudem nicht zwangsläufig synonym mit sozialer Gerechtigkeit und einer grundsätzlichen Demokratisierung von Prozessen einhergehen muss, wird im allgemeinen Diskurs oft marginalisiert³. Gleiches gilt im Prinzip für das Konzept der Nachhaltigkeit. Hier herrschen teilweise sehr differente Ansichten über die Entwicklung und Vorgabe nachhaltiger Leitlinien. Für allzu starre

² Wobei, laut Brech (1999: 90) allzu oft nur die Schlagwörter gemein sind mit den von BewohnerInnen initiierten Projekten. Partizipative und gemeinschaftliche Elemente spielen oft nur eine geringe Rolle. Eine Identifikation als Marktsegment vollzieht sich nur sehr punktuell.

³ Eine Übersicht über die Relativität der internen Dualismen im Partizipationsdiskurs und deren Dekonstruktion, sowie eine kritische Betrachtung der Thematik bietet Silver/Scott/Kazepov 2010.

Leitbilder wird vor dem Hintergrund einer sich zunehmend differenzierenden Gesellschaft nur eine bedingte Umsetzbarkeit gesehen, gleichwohl liegt eine Gefahr in einer zu liberalen, „machtfreien“ Aushandlungsweise von Nachhaltigkeitsstrategien, da sich hier oft (ökonomisch) mächtigere AkteurInnen besser platzieren können (vgl. Silver/Scott/Kazepov 2010: 3f und 11f), was wiederum zu subjektiven Auslegungsweisen von nachhaltigen Verhalten führen kann, während andere unterdrückt werden.

Letztendlich besteht auch Unklarheit über das Verhältnis von Partizipation und Nachhaltigkeit. Während die Enquete-Kommission in ihrem Bericht und die Agenda 21 in ihrer Präambel Partizipation als eine Grundvoraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung bezeichnet, also ein Teil der Nachhaltigkeit darstellt, benennt die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ selbige nur als Vehikel zum Erreichen nachhaltiger Ziele und dient nicht dem Selbstzweck (vgl. Baranek et al. 2005: 18f). Das bekannteste Modell zur Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs, das „3-Säulen-Modell“, welches die Säulen der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Dimension abbildet, fand seinen Weg 1998 durch den Abschlussbericht der Enquete-Kommission in die internationale Debatte.

Auch in der Orts-, Regional- und Umweltplanung erfreut sich „Partizipation“ im weitesten Sinne, teilweise schon seit den 1960er Jahren, einer gewissen Verbreitung. Partizipation in Planungszusammenhängen ist dabei als Beteiligung an Entscheidungen zu verstehen, die sich auf natürliche, materielle und soziale Lebensverhältnisse und ihren räumlichen Ausdruck beziehen⁴. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung im Rahmen von Baugesetzen fanden auch zunehmend sogenannte „weiche“ Methoden (z.B. runde Tische, Bürgerforen, informelle Einspruchsrechte) Eingang in den Planungsprozess, in der Regel um „die inhaltliche Qualität einer Entscheidung zu verbessern, Akzeptanz zu schaffen oder auch die gesellschaftlichen, privaten und wirtschaftlichen Akteure zu eigenverantwortlichem Handeln zu motivieren.“ (ebd.: 6).

Grundsätzlich ist dabei eine Verschiebung von einer eher informativen Teilhabe zu kooperierenden Verfahren festzustellen⁵. Die Beteiligung erfolgt in der Regel über institutionalisierte Akteursgruppen, welche im deutschen Baurecht als „Träger öffentlicher Belange“ codiert sind. Dabei besteht nach wie vor die Gefahr, dass marginalisierte oder schlecht organisierte Gruppen ihre Bedürfnisse nicht artikulieren können. Die Beteiligung

⁴ Lins (1982: 39) benennt Partizipation im Wohnbau zudem als „besondere Form der Demokratisierung im ökonomischen Bereich“ und weist damit auf die extreme Verkapitalisierung und Institutionalisierung des Wohnwesens hin bzw. die Notwendigkeit selbige zu dekonstruieren.

⁵ Die Diversität der Partizipationsverfahren hat sich in den vergangenen 20 Jahren erheblich vergrößert. Je nach Themenbreite, Gruppengröße und Ziel haben sich völlig unterschiedliche Dimensionen von aktiver und passiver Beteiligung etabliert. Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Methoden bietet z.B. die Plattform „www.partizipation.at“. Cabane (2008: 24) unterscheidet vier Stufen der Partizipation (nach Hettlage): Information, Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Die Qualität der Beteiligung steigt dabei gleichsam wie der individuelle Aufwand.

von Einzelpersonen wird oft als umständlich und nicht zielführend angesehen, obwohl auch sie im Rahmen der Agenda 21 angeregt wird.

Im Wohnsektor ist zwar Nachhaltigkeit, vor allem im Bereich der Wohnbautechnik, mittlerweile ein großes Thema. Partizipation, als „sozial“ empfundene Komponente, spielt jedoch bisher, insbesondere im geförderten Wohnbau, noch keine große Rolle oder beschränkt sich stark. Für den Großteil der „Neuen Wohnformen“ konstatiert Brech (1999: 146), dass die „Beteiligung der Bewohner[Innen; d. Verf.] bei der Planung neuer Wohnformen (.) selbstverständlich [wäre; d. Verf.]“⁶.

3. (Nachhaltiges) Wohnen im Spannungsfeld marktimpliziter Asymmetrien

Die Handlung des „Wohnens“ und ihr baulich-physischer Ausdruck haben sich über die Jahrhunderte stark geändert und waren immer schon ein Abbild der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die Konkretisierung einer „richtigen Wohnweise“ ist nach Häußermann und Siebel (1999: 21) nicht möglich. Wohnen an sich ist eine individuelle Handlung. Häußermann und Siebel (1992: 73f) unterscheiden gleichwohl vier Grundcharakteristika des modernen „Wohnens“: Wohnen als Ort des Nicht-Arbeitens, Wohnen als Ort der Familie, Wohnen als Ort von Privatheit und Intimität und nicht zuletzt auch Wohnen als Ware. Damit unterstreichen Sie die Abhängigkeit des Grundbedürfnisses „Wohnen“ von kommerziellen Motiven und den Einfluss der institutionalisierten Wohnungswirtschaft auf die Sinnggebung der Kulturleistung „Wohnen“.

Die Entwicklung des modernen Wohnbaus und die Befriedigung des Grundbedürfnisses „Wohnen“ auf einem Markt waren das Ende eines Prozesses, der mit dem Wohnelend der städtischen Arbeiterschichten während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert begann und der gleichzeitig die 2-Generationen-Kleinfamilie als Ideal hatte. Die soziale Interaktion mit familienfremden Personen wurde im Rahmen der Wohnhandlung spätestens seit den 1920er Jahren kontinuierlich weniger.

Mit der Standardisierung und Industrialisierung im Wohnbau gingen nicht nur die Einflussmöglichkeiten des Wohnenden auf das Setting seines Lebensraumes zurück, einhergehend mit dem Planungsparadigma der funktionsgetrennten fordistischen Stadt, wurde der Wohnraum auch funktional effektiviert⁷ und in ein monofunktionales Umfeld platziert. Zwar stellte der moderne Wohnbau eine Innovation⁸ dar, er ging aber auch mit höheren Raumdeterminismen einher, verminderte das Identifikationspotential mit dem

⁶ Nach Brech (1999: 85) ist der Begriff der „Neuen Wohnform“ entsprechend mit den Aspekten der „Partizipation“ und der „Gemeinschaft“ definiert.

⁷ Hinweise für räumliche Determinismen innerhalb der Wohnung sind zum Beispiel die abgewandelte „Frankfurter Küche“ als Einbauküche, sowie z.B. auch Einbaumöbel und natürlich funktionsgebundene hierarchisierte Grundrisse.

⁸ Vor allem in den Bereichen Funktionalität, Wohngesundheit, Hygiene und Intimsphäre.

Lebensort und legte mit der Kernfamilie eine Sozialform fest, die bis heute reproduziert und als grundlegend für das Wohnen empfunden wird⁹. Zapf (zit. nach Lins 1982: 9) beschreibt das Normmuster der Wohnung treffend: „Große Bauträgersgesellschaften [...] bauen Familienwohnungen, in denen nur diese Art der Haushaltsführung möglich ist: relativ große repräsentative Wohnräume, in denen man gut fernsehen, spielen, sich entspannen, abschalten kann. Elternschlafzimmer, die nur als solche und nur in quasi verordneter Möblierung nutzbar sind; Kinderzimmer, die sich nur für bewegungscheue Musterkinder eignen; winzige, innenliegende und damit fensterlose Küchen, mit raumsparenden Maschinenpark ausgestattet, und ebenso knapp bemessene Bäder.“

Die Schaffung von Wohnraum im städtischen Kontext war keine individuell lösbare Aufgabe mehr. Einhergehend mit der starken Nachfrage nach Wohnraum entstand eine Produzentensouveränität, in der es für Wohnungsunternehmen nicht notwendig war, individuelle Präferenzen zu berücksichtigen. Mit der industrialisierten Bereitstellung von Lebensraum entstand somit eine hierarchische Asymmetrie zwischen Wohn(bau)unternehmen und dem Wohnenden. Baute man in der (vor-)industriellen Zeit noch hauptsächlich für den Eigenbedarf und -besitz, verblieben Entwurf und Bau seit der Industrialisierung zunehmend beim planenden Unternehmen, allzu oft auf der Basis von Planungsparadigmen von denen zumindest geglaubt wurde, dass sie "anthropologische Grundbedürfnisse" erfüllen würden (vgl. Häußermann/Siebel 1999: 21). Die Wahl zwischen verschiedenen Wohnungen spielte sich für den Wohnungssuchenden viel mehr vor dem Hintergrund rudimentärer Merkmale, wie Lage und Größe, wobei vom Standard abweichende, individuelle Bedürfnisse an zusätzliche finanzielle Konsequenzen gebunden waren (vgl. Lins 1982: 43).

Eine Beteiligung an der Planung durch zukünftige Nutzer oder Interessensgruppen erfolgte in der Regel nicht¹⁰. Gerade im Bereich der Großwohnsiedlungen kam es durch die oft rein technisch orientierte Planung, abseits der Lebensroutinen zukünftiger BewohnerInnen in einer Gemengelage mit z.B. mangelhaften Mobilitätskonzepten und funktionellen (Infrastruktur-)Ausstattungen, zu einer Negativentwicklung. Derartige Wohnbereiche haben starke Imageprobleme, auch auf Grund einer oft sozial marginalisierten BewohnerInnenschaft. Gerade für diese Bereiche wurden im Rahmen von Quartiersmanagements und Beteiligungen im Nachhinein Wohn- und Aufenthaltsqualitäten verbessert und soziale Spannungen behoben, was auf die Notwendigkeit sozialer Lern- und Kommunikationsprozesse zwischen Bewohnern und Planern hinweist.

⁹ Häußermann und Siebel (1992: 70) beschreiben die Entwicklung des Wohnpluralismus als Spindelform, wobei das familiengerechte, moderne Wohnen als Taille bezeichnet wird, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts gebildet hat und gegen dessen Ende wieder eine Ausdifferenzierung erfährt.

¹⁰ Planungsbeteiligung existierte in den letzten Jahrzehnten am ehesten noch im Einfamilienhausbau. Selbst dort wurden jedoch in der Regel standardisierte Entwürfe „schlüsselfertig“ und nach Katalog reproduziert.

Die sozialen Komponenten des Wohnens wurden im industrialisierten Wohnbau zur Nebensache oder gingen gar verloren. Begegnungsräume und gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen gibt es in älteren Wohnbauten selten und sind, wenn vorhanden, das Ergebnis technisch organisierter Planungen oder Richtwerte und nicht von sozialen Aushandlungsprozessen. Wohnungsunternehmen verstehen sich entsprechend in der Regel als „Händler von Wohnungen“ mit einer rein betriebswirtschaftlichen Ausrichtung auf die Dienstleistung der Wohnungsvermietung oder -vermarktung. Vor allem vor dem Hintergrund des teilweise enormen Mangels an leistbarem und adäquatem Wohnraum ist die Akzeptanz suboptimaler Wohngrundrisse und Umfeldausstattung sicher höher, als in Situationen in denen am Wohnungsmarkt ein Überangebot herrscht. Ein Überangebot an Wohnraum zwingt letztendlich auch die konventionellen Unternehmen dazu, ihr Standard-Repertoire zu überdenken. Einige Stimmen rufen bereits mutig die Notwendigkeit des Endes des standardisierten Massenwohnbaus aus: „Der gegenwärtig praktizierte Wohnbau ist noch ein Kind des Funktionalismus und einer Industriegesellschaft, die Raum und Zeit strikt nach Nutzungskategorien wie Wohnen, Arbeit, Freizeit und Mobilität zerteilt hat. ... Ein Paradigmenwechsel steht an – Schluss mit Wohnbau!“ (Raith/Steger 2005: 1).

Der überwiegende Teil der neuen Wohnformen versucht, den beschriebenen Asymmetrien entgegenzuwirken. Gerade im Bereich der „bottom up“-Projekte wird die Planung als (individuell-orientierter) kommunikativer Prozess zwischen den zukünftig Wohnenden und ArchitektInnen als auch PlanerInnen verstanden, dessen Wege „in keinem Planungshandbuch vorgezeichnet [sind]“ (Feldtkeller 1997: 46). Vielen Projekten liegt eine erweiterte Vorstellung von „Wohnen“ zu Grunde. Sie begegnen aktiv, je nach spezifischem Fokus, ökologischen, ökonomischen und sozialen Problematiken und entsprechen weitestgehend einer als nachhaltig bezeichneten Lebensweise. Dabei unterstützen diese Wohnprojekte sozial-innovative Lebensentwürfe und stellen, neben dem Angebot günstigen Wohnraums und dem Verfolgen ökologischer Strategien, eine Erweiterung der üblichen Wohnroutinen dar, da die soziale Interaktion der BewohnerInnen über das übliche hinausgeht, teilweise bis zur aktiven gegenseitigen Unterstützung in alltäglichen Lebenssituationen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte versuchen dabei, eine soziale und kulturelle Vielfalt zu erschaffen, welche in der gängigen Praxis des funktional getrennten Städtebaus nur noch sehr selten bzw. nur in speziellen Quartiersmilieus vorhanden ist. Als grundlegende Hauptmotive dieser neuen Wohnformen identifiziert Brech (1999: 133) den Wunsch nach Gemeinschaft und sozialer Einbindung.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und global immer signifikanterer „Megatrends“, wie dem demographischen Wandel in den westlichen Industrieländern, dem anthropogen induzierten Klimawandel und den allgemein als negativ prognostizierten

gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen¹¹, scheint es mittlerweile als gesetzt zu gelten, dass „neue Wohnformen“ eine Strategie sein können, um den Auswirkungen dieser Prozesse auf dem Individualniveau zu begegnen¹². Dabei werden dem bewusst gemeinschaftlichen Wohnen in verdichteter Bauweise Potentiale und Synergien unterstellt, die die Auswirkungen eben jener Prozesse zielgerichtet kompensieren sollen. Valide empirische Untersuchungen sind bisher noch nicht getätigt worden. Erschwert wird der Zugang durch die Komplexität und den bislang eher kurzen Etablierungszeitraum dieser oft noch alternativen Projekte. Hier sind mittelfristig auch die Motive für die Wohnbauindustrie zu suchen, gerade diese „messbaren“ Qualitäten auf einer breiten Basis zu etablieren. Dabei spielen natürlich betriebswirtschaftliche Interessen eine zentrale Rolle. Ihr Produkt soll nach (förderungswürdigen) Umweltstandards und barrierefrei für SeniorInnen gestaltet werden etc. um zukünftigen Ansprüchen zu entsprechen.

Unter verschiedenen Themen und auf unterschiedlichen qualitativen Niveaus¹³ haben sich die sogenannten „neuen Wohnformen“ in den letzten 10 Jahren also zu einem Thema entwickelt, dessen städtebauliche Relevanz langsam zunimmt, die nicht nur Spezialisten bekannt sind und die man als besonders innovativ wahrnimmt. Grundsätzlich kann man die Projekte wohl als Versuch interpretieren, sich (Repräsentations)räume¹⁴ zu schaffen, die als Rahmen für die jeweiligen alternativen Lebensentwürfe dienen, und die als räumliche Bedingungen im Standardrepertoire der konventionellen und kommerziellen Wohnbauwirtschaft nicht zu finden sind. Dabei werden keine neuen gesellschaftlichen Verhältnisse geschaffen, die Schaffung derartiger Wohnräume ist vielmehr eine Reaktion auf soziale, ökonomische und ökologische Unsicherheiten und Ergebnis einer teilweise recht pragmatisch orientierten Notwendigkeit der BewohnerInnen, z.B. hinsichtlich einer intensiveren nachbarschaftlichen Verbindung, bestimmte Themen aufzugreifen, die sie in einer herkömmlichen Wohnsituation nicht hätten ausleben können.

Die bisher dokumentierten Projekte wurden jedoch oft von „early adopters“ bottom up organisiert, das heißt, dass bereits ein grundlegendes soziales und ökologisches Bewusstsein vorhanden gewesen sein muss, welches sich in entsprechenden ergebnisorientierten Strategien kanalisiert hat.

¹¹ vgl. z.B. laufende Konjunkturprognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO (online unter: www.wifo.ac.at)

¹² Konkret könnten solche Probleme Isolation, soziales Downgrading, das Fehlen von geeignetem günstigen Wohnraum, mangelnde Umgebungsqualitäten, Zersiedlung/Flächenverbrauch, hoher Ressourcenverbrauch (Wärme, Elektrizität) etc. sein. Auf Grund der relativ kleinen Anzahl von Projekten in Vergleich zum herkömmlichen Wohnbau ist der Effekt jedoch nicht oder nur vor einem lokalen Kontext messbar.

¹³ Im Sinne mehr oder weniger tiefgehender Ziele z.B. des ökologischen Wohnens.

¹⁴ Im Sinne der dritten Beziehung von Lefebvres Raumtriple als lived space, dem Raum möglicher Widerstände und alternativer Raum, in dem „utopische“ Veränderungen noch am ehesten stattfinden (vgl. z.B. Lefebvre 1977).

Die als positiv zu wertenden Qualitäten gemeinschaftlicher und nachhaltiger Wohnformen¹⁵ sind zukunftsweisend und weisen einen gewissen Grad an wirtschaftlicher und räumlicher Emanzipation auf, d.h. teilweise werden konventionelle Arbeits-, Versorgungs- und Verhaltensroutinen durch alternative Konzepte substituiert. Einigen Projekten liegt somit auch eine Vorbildfunktion zu Grunde, die beispielsweise einen neuen, geschlechtergerechteren Umgang mit der häuslichen Reproduktionsarbeit zeigen sowie eine neue Relevanz ehrenamtlicher bzw. nicht-entlohnter Arbeit und deren gesellschaftlicher Wertschätzung.

4. Partizipation als Strategie in der „top down“-Planung? – Eine Kritik

Zweifelsohne scheint es logisch, nachhaltige Themen unter Zuhilfenahme partizipativer Methoden zu implementieren, vor allem auch um Informationsdefizite, Distanz oder gar Ängste zu überwinden. Es ist zudem belegt, dass auf einer Individualebene, die aktive Partizipation an der Planung und dem Bau des eigenen Wohn- und Lebensraumes einen Prozess sozialen Lernens darstellt, der eine größere Identifikation mit dem Lebensraum ermöglicht und das soziale und ökologische Bewusstsein erweitert¹⁶. Die Auseinandersetzung mit ökologischen oder sozialen Themen führt zum Abbau von (Akzeptanz-)Hürden. Klar ist, wie Ornetzeder (et al. 2001: 94ff) zeigen, dass die Wohnanlage dahingehend dem Einfamilienhaus unterlegen ist, weil die Zugänge zur Planung völlig unterschiedlich sind.

Vor allem vor dem Hintergrund der ökologischen Dimension¹⁷ des Nachhaltigkeitsbegriffs scheint es sinnvoll und auch notwendig, die Qualitäten mittelfristig auf eine breitere Basis zu etablieren, da Wohnen und die Entwicklung von Wohnraum eine relevante Umweltbelastung darstellen und der Wohnbau, obwohl gesellschaftlich eher eine wenig beachtete Rolle spielend, gleichwohl viele nachhaltigkeitsrelevante Themengebiete tangiert (vgl. Lölhöfel 2001: 383). Die Entwicklung von nachhaltigen Wohnprojekten kann demnach eine Strategie sein, zu deren Verfolgung „kommerzielle“ Wohnbauträger motiviert werden sollten. Dabei müssen zukünftig die beiden anderen Nachhaltigkeitssäulen (Ökonomie und Soziales) stärker mitgedacht werden, um dem Gesamtanspruch gerecht zu werden.

¹⁵ Dies können sowohl hard facts sein hinsichtlich Wohn- und Energiekosten, Erschließung und Umgebungsqualitäten etc., als auch weiche Qualitäten, wie die Möglichkeit aktiv an der Gestaltung des Lebensumfeldes (Grundriss, Freiraumgestaltung) teilzunehmen, sowie oftmals der Konsens zur sozialen Unterstützung die über „herkömmliche“ nachbarschaftliche Angebote hinausgeht.

¹⁶ Im Rahmen des Projektes „Erfahrungen und Einstellungen von NutzerInnen als Basis für die Entwicklung nachhaltiger Wohnkonzepte mit hoher sozialer Akzeptanz“ (Ornetzeder et al 2001) wurde gezeigt, wie nachhaltige Strategien in verschiedenen Bautypen funktionieren und akzeptiert werden.

¹⁷ Dabei wird gerade im Wohnbau schwerpunktmäßig über die ökologische Nachhaltigkeit diskutiert, die soziale und ökonomische Dimension wird im Bezug auf die BewohnerInnen oftmals ausgeblendet, eine sinnhafte Füllung dieser Dimensionen scheint vor dem Hintergrund der geläufigen Vorstellungen zur ökologischen für viele Menschen schwierig. Eine Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit findet sich bei Littig und Gießler (2004).

Jedoch: keine Nachhaltigkeit ohne Partizipation, betrachtet man die bisher realisierten „bottom up“-Wohnprojekte als Vorbild. Wenn versucht werden soll, die genannten Qualitäten, ähnlich wie in Dänemark (vgl. z.B. Brech 1999: 128ff), auf einer breiten gesellschaftlichen Basis zu thematisieren, muss im Rahmen kommunikativer Partizipationsprozesse soziales Lernen auch für solche Wohnungssuchende ermöglicht werden, die auf Grund ihrer ökonomischen oder sozialen Situation bisher nicht die Möglichkeit hatten, sich mit diesen Themenbereichen entsprechend auseinanderzusetzen. „Members of marginal groups need equal capacities to participate. Even when forums are open, [...] their voices may not be influential. They lack time, resources and cultural capital.“ (Silver/Scott/Kazepov 2010: 4). Das darf jedoch nicht den von Häußermann als „Erziehungswohnbau“ bezeichneten Standardwohnbau reproduzieren (vgl. Häußermann 1999: 78), sondern muss im Rahmen hierarchiefreier Lernprozesse neues Wohnbewusstsein schaffen und bedarfsnah und sozial gerecht Lebensraum entwickeln. Partizipation muss hier, ähnlich wie im Bereich der Technikfolgenabschätzung, nicht nur zur Implementierung von möglicherweise „problematischen“ oder unangenehmen Inhalten eingesetzt werden¹⁹, sondern gleichwohl, im Gegenstromprinzip, als Instrument, um auch BewohnerInnenkompetenzen zu aktivieren und aufzugreifen, welche zusätzliche Bedarfsgerechtigkeit generieren könnten. Gleichzeitig können dabei nachhaltige Verhaltensroutinen kommuniziert werden und Bewusstsein für geschlechtergerechte Raumkonzeptionen geschaffen werden, die in der Raumplanung zwar bereits durch das Gender Mainstreaming eine (meist jedoch marginale) Berücksichtigung finden, sich aber im Wohnbereich allzu oft auf Unterstellmöglichkeiten für Kinderwagen beschränken. Auch die stärkere Würdigung der Reproduktionsarbeit und eine entsprechend unterstützende Kleinteiligkeit in der Nutzungsmischung stellen einen relevanten Teil des sozialen Nachhaltigkeitsdiskurses dar, der nach wie vor noch zu wenig beachtet wird.

Gerade bei den technischen Sachverhalten des nachhaltigen und sozialen Wohnbaus muss klar sein, dass technische Lösungen alleine keine Nachhaltigkeit generieren und dass die entsprechenden Wertehaltungen der BewohnerInnen zu technischen Maßnahmen einen bedeutenden Einfluss auf die sinnhafte Nutzung selbiger haben.

Die Option einer solchen neuen strategischen Ausrichtung ist im überwiegenden Teil der Wohnbauindustrie jedoch noch nicht aufgenommen worden, zumeist wohl, da das Standardrepertoire noch ausreichend konsumiert wird und sich die Vorteile nachbarschaftlicher Wohnprojekte (noch) nicht finanziell darstellen lassen. Mittelfristig

¹⁹ Beteiligungsverfahren werden allzu oft genutzt um potentiellen BewohnerInnen Akzeptanz für problematische Themen (autofreie Wohnanlagen, geringere Wohnungsgrößen, ökologische Verhaltensweisen) zu sensibilisieren, aber eher im Sinne einer zweckdienlichen Indoktrination. Im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojektes an der Universität Innsbruck wurde Partizipation aus dem Bereich der technischen Planung regelmäßig als Instrument gedacht, mit dem den WohnwerberInnen eines entsprechenden Projektes die „richtige nachhaltige Lebensweise“ beigebracht werden sollte, die im Falle des Projektes als technisch-ökologisch reduziert wurde.

wird das standardisierte Marktangebot jedoch den sich zunehmend pluralisierenden Ansprüchen wohnungssuchender Menschen nicht (mehr) in dem Maße gerecht werden und es werden sich zudem auf Grund von abnehmenden Bevölkerungszahlen regionale Wohnraumüberschüsse bilden, wodurch Mietermärkte entstehen in denen auch neue Ansprüche im Wohnbereich formuliert werden können²⁰. Dabei wäre ein individueller gestaltetes Wohnprodukt aus einer Markt- und Angebotsperspektive der logische Schritt als Reaktion auf die Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Wohnbedürfnissen, die sich im Kontext einer gesellschaftlich verantwortlichen und nachhaltigen Wohnkultur mit einer geeigneten Methodik ohne einen signifikanten Mehraufwand realisieren lassen würde. Anders als der Wunsch nach stärkerer gesellschaftlicher Politisierung in den 1970er Jahren, zielt die Beteiligung in der (Wohnbau-)Planung vielmehr darauf ab, bedürfnisgerecht zu bauen, so dass (unzeitgemäße) Fehlplanungen vermieden werden. Die konkrete und individuelle Beteiligung von zukünftigen BewohnerInnen ist zurzeit noch ein Einzelfall und scheinbar für die Wohnungsunternehmen noch zu wenig operationalisiert. Auch Lölhöfel (2001: 376) unterstellt Wohnungsunternehmen in Innovationsfragen eher eine gewisse Trägheit, sie reagieren in der Regel ex post mit Kommunikationsprozessen auf Probleme in bereits bestehenden Anlagen. Durch eine vorgelagerte Beteiligung von MieterInnen und EigentümerInnen bei Planungs- und Verwaltungsvorgängen würde jedoch auch der sozialen Dimension von Wohnen Rechnung getragen werden, die Wohnbedürfnisse abseits vom Wohnideal weißer und männlicher Mittelschichtplaner erschließen. Ein positives Beispiel eines bauträger-initiierten Wohnprojektes mit teilweise nachhaltigen Eigenschaften und partizipativen Planungsstrukturen ist die bereits etablierte „Autofreie Mustersiedlung“ in Wien-Floridsdorf (vgl. Modellprojekt Autofreie Mustersiedlung 2000). Auch bei der Entwicklung einer autofreien Wohnsiedlung in Münster hat man Partizipation als elementar für den Planungsprozess erkannt (vgl. www.wgm.de: Gartensiedlung Weißenburg).

Partizipative Prozesse gestalten sich aber dann als schwierig, wenn keine klare Prozessstruktur vorherrscht, sowohl für PlanerInnen, als auch für die Wohnbedürftigen. Der Beteiligungscharakter darf dabei nicht zu explorativ sein, da er sonst nicht mehr zielgerichtet ist. Gleichwohl muss ein „faires Miteinander“ im Prozess herrschen, um nicht solche Vorbehalte zu verhärten, die es eigentlich aufzulösen galt. Vorgaben und Rahmenbedingungen, sowie ein strukturierter Prozess helfen den InteressentInnen, da diese möglicherweise auf Grund ihres nicht vorhandenen Vorwissens oder ihrer Zeitressourcen nur bedingt in der Lage sind, ihre Wohnbedürfnisse in räumlicher Hinsicht zu artikulieren.

²⁰Vor allem in Entleerungsregionen (periphere Teile Ostdeutschlands, altindustrielle Gebiete) ist der Leidensdruck und somit die Innovationsbereitschaft von Wohnungsunternehmen bereits signifikant größer, wie zahlreiche Dokumentationen des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ zeigen.

Sinn und Nutzen von Beteiligung werden seitens der Bauträger oft nur mittelbar erkannt und den Mehrkosten nachgestellt. Für die Unternehmen wirken solche Prozesse oft einschränkend, da „der große Wurf“ oder „rasche Lösungen“ nur schwer möglich sind (vgl. Cabane 2008: 25). Wenn im Rahmen einer Projektentwicklung eine BewohnerInnenbeteiligung mitgedacht wird, geschieht das in der Regel nicht zum Selbstzweck, sprich um der Demokratisierung willen, sondern auf Grund marktwirtschaftlicher Überlegungen oder in Bereichen, in denen es für die Unternehmen unproblematisch und wenig aufwendig ist, in denen allerdings auch keine echten Identifikationspotentiale liegen (z.B. Hausordnung, Farbgebung etc.). Konkret wird Partizipation gerade im Rahmen von nachhaltigen Technologien im Wohnbau als „notwendiges Übel“ oder „Mittel zum Zweck“ gesehen, um Akzeptanz und Nutzung zu erwirken. Schwerpunktmäßig wird gerade im Wohnbau über die ökologische Nachhaltigkeit diskutiert, die soziale und ökonomische Dimension wird im Bezug auf die BewohnerInnen jedoch oftmals ausgeblendet. Eine sinnhafte Füllung dieser zwei Dimensionen scheint vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Vorstellungen zur ökologischen Nachhaltigkeit für viele Menschen schwierig.

Eine Motivation für die Unternehmen kann dabei die unterstellte Identifikation und damit ein geringeres Maß an Fluktuation, Vandalismus und ein höheres an (sozialer) Sicherheit und Verantwortung für das Wohnumfeld sein. Ein gewisses Maß an Selbstverwaltung der WohnanlagenbewohnerInnen kann zudem signifikante Kostenersparnisse bringen (vgl. z.B. Modellprojekt Autofreie Mustersiedlung 2000: 26ff). Damit sind jedoch schnell auch überzogene Erwartungen seitens der PlanerInnen verbunden. Die Qualität von „bottom up“-Prozessen lässt sich nicht über das Vehikel der Partizipation ohne weiteres „top down“ übertragen. Die Möglichkeit, die Qualität solcher sozialen Aushandlungsprozesse „top down“ zu animieren ist schwierig umsetzbar und bedarf eines Umdenkens im Entwicklungsprozess. Hier muss sich langfristig die Perspektive der Bauindustrie von einer Produktfixierung auf eine dienstleistungsorientierte Prozessfixierung verschieben. Die Beziehung zwischen Bauträger und Klientel muss sich öffnen um die selbstbestimmten Qualitäten eines „bottom up“-Prozesses zu erreichen. Eine Mitbestimmung müsste im Grunde genommen über die Ebene des individuellen Wohnraums hinausgehen und auch halböffentliche und öffentliche Bereiche umfassen. Bei entsprechender Informationskultur wäre sogar eine Mitbestimmung im Bereich technischer, organisatorischer und finanzieller Aspekte möglich. Gleichsam ist dies auch der Bereich in dem sich die Stärken einer bauträgerbasierten Planung ausspielen lassen, z.B. hinsichtlich der stringenten Prozessplanung, der Erfahrungen mit Grundstücksangelegenheiten, Verhandlungen, Ausschreibungen und Abrechnungen, sowie personelle und infrastrukturelle Ressourcen bei der Projektkommunikation. So könnten Vorgänge professionalisiert und verlässlicher gestaltet werden, die bei einer

reinen „bottom up“-Planung gegebenenfalls individuell und „nebenher“ von den Bauenden selbst erledigt werden müssen. Zudem würden sich die teilweise erheblichen Projektlaufzeiten solcher Projekte reduzieren lassen, so dass die Projekte noch realisiert werden, bevor ein überwiegender Teil der Beteiligten bereits eine andere Lebensphase erreicht hat. Das oft genannte Gegenargument zu einer selbstbestimmteren Planung hinsichtlich des größeren Kosten-, Organisations- und Verwaltungsaufwandes, sowie der problematischen Nachvermietung im Mietswohnungsbau begründet sich oft auf nicht belegten Behauptungen. Mehrkosten lassen sich in der Regel verrechnen, eine InteressentInnenbeständigkeit mit Vorverträgen sichern. Die Individualisierung von Wohngrundrissen wird, nach Lins (1982: 55) oft aus der Perspektive einer Tradition der Definitionsmacht welche das Wohnungsgewerbe in Bezug auf ein „gutes Wohnen“ besitzt, eher negativ bewertet. Abweichenden Wünschen von NachmieterInnen könnte man mittels moderner und flexibler Bausysteme entsprechen. Lölhöffel (2001: 380) vergleicht die Wohnbauindustrie nicht zu Unrecht mit der Automobilindustrie und spricht ihr ein zu geringes Interesse an der Bedeutung eines „Wohlfühl“-Faktors für ihr Wohnprodukt zu.

Die Grenzen von Beteiligung und Partizipation zeigen sich deutlich an den selektiv zu hohen Erwartungen, sowohl hinsichtlich der übergeordneten ökologischen, ökonomischen und sozialen Leistungsfähigkeit und Tragfähigkeit nachhaltiger und gemeinschaftlicher Wohnprojekte, als auch in sehr kleinen Dingen, wie korrekter Mülltrennung oder der Einhaltung von Hausordnungen etc. Dabei werden die zeitlichen Dimensionen oft unterschätzt, welche Umgewöhnungs- oder Vernetzungsprozesse benötigen, um sich zu vollziehen. Hier müssen Unternehmen kontinuierlich und auf Augenhöhe mit den BewohnerInnen kommunizieren. Das bedeutet gleichwohl ein Umdenken in der Unternehmenskultur, bei der auch ein behutsames und bedarfsangemessenes post occupancy management zu den Aufgaben des Unternehmens gehört. Gemeinsam mit einer Einzugsbegleitung, welche den BewohnerInnen bereits vor dem Einzug Möglichkeiten der Zusammenkunft schafft, sollte über die Einzugsphase hinaus Hilfe und Vermittlung bereitstehen, abseits von Fragen zur Nebenkostenabrechnung. Gerade im Bereich des gemeinschaftlichen oder generationenverbindenden Wohnens, welches bislang (städtebaulich) getrennte Funktionen wieder zusammenführt, ist ein Lernprozess und auch ein Lernmanagement erforderlich. Hier muss sich ein flexibleres und erweitertes Dienstleistungsverständnis etablieren, das auch die vermeintlich „weichen“ sozialen Aspekte des Planungsprozesses als gleichwertig und wichtig erkennt. Diese Notwendigkeit ist bislang allerdings nur seitens weniger Wohnungsgenossenschaften aufgegriffen worden (vgl. Mildner 2009: 34). Hier betrachtet man auch Managementleistungen in der Wohnanlage oder dem Quartier, Beteiligung und Kooperation als Teil des Dienstleistungsspektrums im Wohnsektor, mit entsprechend messbaren positiven Auswirkungen auf Standorte und Milieus.

Dazu müssen Wohnungsunternehmen verstärkt MitarbeiterInnen für derartige kommunikative Aufgaben sensibilisieren und qualifizieren. Hier erschließen sich Aufgaben, die über gewohnte Routinen hinausgehen. Es müssen verstärkt „weiche“ Methoden angewandt werden, Planungsprozesse individueller gestaltet und neue Kommunikationskulturen etabliert werden. Dazu braucht es SozialarbeiterInnen, VernetzerInnen und ModeratorInnen. Letztendlich aber vor allem ein Bewusstsein für und einen Rückbezug auf die gesellschaftliche Relevanz von Wohnen.

5. Zusammenfassung

Die abschließende Frage, die sich stellt ist: Können von Bauträgern initiierte Projekte eine ähnlich ganzheitlich nachhaltige Qualität erreichen wie dies vergleichbare „bottom up“-Projekte geschafft haben oder ergibt sich deren hohe (Lebens-)Qualität vor allem auf Grund der Eigeninitiative der BewohnerInnen? Dies würde bedeuten, dass den Bedürfnissen der Menschen, die die Idee des gemeinschaftlichen und nachhaltigen Wohnens über die vergangenen Jahrzehnte wieder entdeckt haben, in einem Prozess ohne mit- oder selbstbestimmenden partizipativen Anteil kaum entsprochen worden wäre. Ein derartiger qualitativer Vergleich steht allerdings noch aus (die Grundlagenstudie von Ornetzeder et al. 2001 bietet erste Anhaltspunkte).

Dies wäre jedoch kein Grund für einen Schwarz-Weiß-Dualismus. Klar ist, dass zurzeit die sogenannten „neuen Wohnformen“ noch keine signifikante neue Sparte für größere Unternehmen bilden (vgl. auch Brech 1999: 141). Dennoch ist mittelfristig denkbar, kongruent zu den verschiedenen Ansprüchen an Wohn- und Lebensräume auch, je nach Interessenslage unterschiedliche Beteiligungsszenarien anzubieten. Entscheidend dafür wäre, neben einem höheren gesellschaftlichen Bewusstsein, vor allem die bereits skizzierte Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung im Wohnungsbau. Das beträfe auch die staatlich-institutionelle Ebene hinsichtlich der etablierten Transferleistungen, so dass Wohnbauförderungen auch für partizipative Prozesse oder Gemeinschaftsräume nutzbar wären.

Abschließend lässt sich resümieren, dass zumindest segmentär, eine Pluralisierung der Wohnraumentwicklung stattgefunden hat. Brech (1999: 143) konstatiert folgerichtig, dass eine neue Generation von Baufrauen und -herren im Wohnungsbau entstanden ist: die selbstnutzende Baufrau und der selbstnutzende Bauherr. Die somit entstandenen neuen und professionellen Kompetenzen und Netzwerke können zumindest als erste Demokratisierungstendenzen im Wohnbau interpretiert werden. Dadurch wird die im 20. Jhd. entstandene Asymmetrie im Wohnungsbau zumindest auf einem geringen quantitativen Niveau dekonstruiert.

6. Literatur:

- BARANEK, ELKE ET AL. (2005): Partizipation und Nachhaltigkeit. Reflektionen über Zusammenhänge und Vereinbarkeiten. München: Sozial-ökologische Forschung.
- BMU, BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (Hrsg.) (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juli 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn
- BRECH, JOACHIM (1999): Ein Wandel im Wohnen in der Zeit des Umbruchs. Eine Studie zu Neuen Wohnformen. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Neue Wohnformen. [Referate und Diskussionsbeiträge des Ludwigsburger Forumsgesprächs 1997]. Stuttgart: Kohlhammer. S.81-160.
- BUND/MISEREOR (1996): Zukunftsfähiges Deutschland . Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel/Berlin/Bonn.
- CABANE, PHILIPPE (2008): Partizipation zwischen Dialog und Kalkül. In: TEC21 49-50/2008.. Zürich. S. 24-26
- ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERLICHEN ENGAGEMENTS“ (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.
- FELDTKELLER, ANDREAS (1997): Tübingen: Neue Wege der Planung und der Bürgeraktivität beim Städtebau. In: Aus Politik und Zeitgeschehen 17/97. Bonn. S. 38-46.
- GEWOG, GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSBAU GMBH (2000): Modellprojekt Autofreie Mustersiedlung. Projektinformation. Wien
- HÄUßERMANN, HARTMUT; SIEBEL, WALTER (1992): Soziologie des Wohnens. Ein Grundriß. In: Häußermann, Hartmut; Ipsen, Detlev; Krämer-Badoni, Thomas; Läßle, Dieter; Rodenstein, Marianne; Siebel, Walter (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen /. 2. Aufl. Pfaffenweiler: Centaurus-Verl.-Ges., S. 69–116.
- HÄUßERMANN, HARTMUT (1999): Neue Haushalte - Wohnformen zwischen Individualisierung und Vergemeinschaftung. Neue Lebensstile - neue Haushaltstypen. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Neue Wohnformen. [Referate und Diskussionsbeiträge des Ludwigsburger Forumsgesprächs 1997]. Stuttgart: Kohlhammer, S. 12–21.

- LEFÈBVRE, HENRI (1977): Zur Produktion des städtischen Raums. In: AnArchitektur (2002): Materialien zu: Henri Lefèbvre, Die Produktion des Raums. H. 01-03.
- LINS, JOSEF (1982): Mitbestimmung im Wohnbau. Von Technokratenherrschaft zu konkreter Demokratie. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- LITTIG, BEATE; GRIEBLER, ERICH (2004): Soziale Nachhaltigkeit. In: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (Hrsg.): Informationen zur Umweltpolitik. Wien.
- LÖLHÖFFEL, JOACHIM (2001): Nachhaltigkeitsaudit. Prüfverfahren für Wohnungsunternehmen. Eine Einführung. In: Krüger, Kirsten (Hrsg.) (2001): Wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens. Darmstadt: Schader-Stiftung. S. 375-385.
- MILDNER, HELMUT (2009): Neues Wohnen in der Stadt. Die NUWOG – das etwas andere kommunale Wohnungsunternehmen. In: PLANERIN 4_09, S. 34-37.
- ORNETZEDER, MICHAEL ET AL. (2001): Nutzererfahrungen als Basis für nachhaltige Wohnkonzepte. Grundlagenstudie. In: Bundesministerium für Verkehr, Innovationen und Technologie (Hrsg.): Berichte aus Energie- und Umweltforschung 22/2001. Wien.
- RAITH, ERICH; STEGER, BERNHARD (2007): Schluss mit Wohnbau! In: Architektur und Bauforum Nr. 6/2007. Wien: Österreichischer Wirtschaftsverlag
- SILVER, HILARY; SCOTT, ALAN; KAZEPOV, YURI (2010): Participation in Urban Contention and Deliberation: Introduction to the Symposium. In: International Journal of Urban and Regional Research 34.3. Oxford